

Protokoll

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am Donnerstag, 1. Juni 2023 um 18:00 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Vorsitzende

Henkels, Anette

Bürgermeister

Springfeld, Christian

Ausschussmitglieder

Becker, Tanja

Hackert, Thorsten

Holzmann, Norman

Mariß, Lisa Marie

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

Beratende Mitglieder

Borgolte, Michael

Von der Verwaltung

Becker, Kerstin

Hehne, Sabine

Klostermann, Jörg

Protokollführerin

zu TOP 4

Es fehlen entschuldigt

Nagel, Klaus

Wall, Günther

Gäste

Klaube, Felix

Ostermeyer, Thomas

Gruppe Freiraumplanung - zu TOP 4

Gruppe Freiraumplanung - zu TOP 4

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Henkels begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem auf Nachfrage keine Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt werden, stellt Frau Henkels auch diese fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anfragen der Zuhörenden

2.1 Anfragen zum Lärmschutz beim Neubau eines Wertstoffhofes

Herr Schmelzer erkundigt sich, warum im Bereich des möglichen neuen Wertstoffhofes an der Verlängerung der Straße „Zum Lausebrink“ Lärmschutzmaßnahmen überhaupt nötig sind. Dort stünden nur wenige Häuser und es gab dort jahrelang erheblichen Lärm durch ehemals angesiedelte Firmen. Zudem, bemerkt Herr Schmelzer, habe die Deutsche Bahn vor einiger Zeit im Bereich der Zugstrecke Lärmschutzwände errichtet.

Herr Klostermann antwortet, sollte der Wertstoffhof nördlich des Nordeon-Geländes errichtet werden, sei eine Lärmschutzmaßnahme wegen der zu erwartenden Lärmquellen durch den vermehrten LKW-Verkehr und das Auf- und Abladen der Container erforderlich.

Die Regionsabgeordnete Frau Meyer fragt Herrn Springfeld, warum es nach dem am 21.03.2023 mit der aha geführten Gespräch kein positives Ergebnis gegeben habe. Außerdem möchte sie wissen, ob ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben wurde, ob das erste Gutachten den Ratsmitgliedern bekannt sei, ob die aha über die vorliegende Drucksache informiert sei und ob die Möglichkeit des baulichen Lärmschutzes geprüft worden sei.

Herr Springfeld teilt mit, es habe nachfolgende Gespräche mit der aha gegeben. Dabei habe die aha deutlich gemacht, sie erwarte eine maßgebliche Beteiligung der Stadt Springe an den erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen. Die hierfür notwendige politische Entscheidung soll mit dieser Drucksache beraten werden.

Herr Springfeld erklärt weiter, die lärmtechnische Machbarkeitsstudie sei bereits überprüft und optimiert sowie durch den Gutachter fachlich erläutert worden. Bislang ist das Gutachten nicht öffentlich, könne nach einer Überprüfung auf datenschutzrechtlich relevante Inhalte aber veröffentlicht werden. Für Herrn Springfeld ergibt es keinen Sinn, ein weiteres Gutachten erstellen zu lassen. Die für die Begutachtung maßgeblichen immissionsschutzrechtlichen Rahmenbedingungen seien für alle Gutachter*innen dieselben. Die vorhandene Bebauung im Bereich der für den neuen Wertstoffhof infrage kommenden Fläche kann den Lärm nicht aufnehmen.

2.2 Anfrage zum Förderprogramm klimaangepasstes Waldmanagement

Herr Borgolte erkundigt sich, ob die Stadt Springe das Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ in Anspruch nehmen werde.

Herr Klostermann teilt mit, dass die Region sowie die Förderstelle das Programm bereits vorgestellt und erläutert hätten. Anschließend hat Herr Neubert eine Stellungnahme verfasst, welche heute im Ausschuss als Mitteilung vorgestellt werden solle.

Herr Klostermann zieht die Mitteilung aufgrund der Anfrage vor und verliest folgende Stellungnahme des Fachdienstes Forst.

1. Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Der Stadtforst wird **nicht** an dem Förderprogramm teilnehmen. Es ist von seinem Aufbau und der Struktur her auch eher für kleine Forstbetriebe erstellt worden.

Die lange Bindungsfrist von 20 Jahren könnte zukünftige Entscheidungsmöglichkeiten einschränken. Durch zusätzliche Kosten und die De-minimis-Regel schrumpft die tatsächliche Fördersumme gegen null.

Um Fördermittel für den Stadtforst zu bekommen ist es sinnvoller, nicht den gesamten Forstbetrieb über das „Klimaangepasste Waldmanagement“ fördern zu lassen, sondern einzelne Maßnahmen und Projekte über das Forstförderprogramm bezuschussen zu lassen.

Die nachhaltige und ökologische Entwicklung, die Anpassung an den Klimawandel und somit die Zukunftsfähigkeit des Stadtwaldes werden dadurch nicht eingeschränkt oder benachteiligt. Das LÖWE-Waldbauprogramm wird weiter umgesetzt.

**2. 10 % der Fläche der Stadtforst sollen bis auf Maßnahmen der Verkehrssicherungspflicht nicht mehr bewirtschaftet werden (Naturwälder)
Drucksache Nr. 139/2021-2026 - 2**

Der FD 82 erkundet und beurteilt zurzeit mögliche Naturwaldflächen. Auch die Ende Mai beginnende Forsteinrichtung durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird daran mitwirken. Im Herbst 2023 werden die Ergebnisse voraussichtlich vorliegen, sodass Ende 2023 mit dem Ausweisen der Naturwälder begonnen werden kann.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage angefügt.

2.3 Anfrage zu Planungen der Umgestaltung des ZOB

Frau Kemper beklagt den Wegfall von 73 Parkplätzen am Springer ZOB, der laut den Umbauplänen der Region Hannover vorgesehen ist. Sie befürchtet zugeparkte Nebenstraßen, verbunden mit erheblichem Ärger für Anwohner und Pendler. Außerdem kritisiert sie die Begradigung der Straße zwischen Bahnhof und ZOB, welche mit einem Zebrastreifen ausgestattet werden soll. Sie fragt, ob es möglich sei, in diesem Bereich ein Tempolimit zur Unfallverhütung einzurichten.

Frau Kemper möchte weiterhin wissen, ob bereits Gespräche mit dem Betreiber des Kiosks für die Überbrückungszeit der Bauphase geführt wurden. Sie sieht den Kiosk als wichtigen Anlauf- und Kommunikationspunkt am ZOB an und erachtet es als wichtig, dass dieser erhalten bleibt. Herr Klostermann erläutert, die Planungen der Region Hannover seien in der Sitzung des Bauausschusses am 09.05.2023 vorgestellt worden. Die Pkw-Parkplätze würden wegen der Errichtung von Pausen- und Stellplätzen für Busse und Sprinti wegfallen. Es sei nicht genügend Platz vorhanden.

Herr Klostermann befürwortet eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich, zuständig ist der Fachdienst 32 - Ordnung und Verkehr. Auch der Betrieb eines Kiosks wird von Herrn Klostermann befürwortet. Hierzu laufen derzeit noch Gespräche mit der Region Hannover, die nach dem Abriss des jetzigen Gebäudes keinen neuen Kiosk vorgesehen hat. Es sei lediglich ein WC geplant.

Anmerkung der Verwaltung:

Am 12.06.2023 fand ein Gespräch zwischen dem Pächter des Kiosk und FBL III statt.

2.4 Anfrage zur Kommunalen Wärmeplanung

Frau Kemper erkundigt sich nach dem Stand der kommunalen Wärmeplanung und sagt, die Beantragung müsse jetzt erfolgen.

Herr Klostermann erklärt, dass der Stadtteil Alvesrode laut Beschluss Vorreiter in der kommunalen Wärmeplanung sein soll. Hierzu werde noch eine Stellungnahme der Stadtwerke Springe erwartet, ob das Projekt von ihnen übernommen werde oder ob die Stadt den Antrag stellt.

Herr Klostermann sagt weiter, die Fördergelder seien nicht verfallen. Die Beantragung kann noch durchgeführt werden.

Die Kritik von Frau Kemper, die E-Ladesäulen im Bereich der Fußgängerzone seien seit anderthalb Jahren nicht funktionsfähig, wird Herr Klostermann an die Stadtwerke weiterleiten.

3. Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 18.04.2023 -öffentlicher Teil-

Herr Holzmann erklärt, er habe in der letzten Sitzung angefragt, wie es mit der Klima-AG weitergehe. Da klimarelevante Beschlussvorlagen Thema der AG sein werden, habe er außerdem vorgeschlagen, für fachliche Informationen einen externen Berater oder Referenten hinzuzuziehen.

Folgender Beschluss wird mit **8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** gefasst:

Das Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 18.04.2023 - öffentlicher Teil - wird mit der Ergänzung von Herrn Holzmann genehmigt.

4. Sofortprogramm Perspektive Innenstadt **130/2021-2026 - 6**
• **Gestaltungskonzept Innenstadt - Fertigstellung**

Frau Hehne stellt das fertige Konzept kurz vor und berichtet, die Präsentation im Ortsrat Springe habe zu kleinen Ergänzungen geführt, welche in der vorliegenden Drucksache bereits berücksichtigt seien. Das erstellte Konzept ist die Grundlage, um viele Projekte in der Innenstadt zu ermöglichen.

Herr Klaube von der Gruppe Freiraumplanung stellt das Konzept anhand einer Präsentation im Einzelnen vor. Er erläutert hierbei die Schwerpunkte Freiraum, Verkehrsraum und Sozialraum. Anschließend geht er auf das Handlungskonzept ein und erläutert die möglichen Maßnahmen in den Bereichen Nordwall, Niederntor, Marktplatz und Oberntor. Es wird vorgeschlagen, mit kurzfristigen Maßnahmen im Bereich Niederntor und Marktplatz zu beginnen. So führe zum Beispiel eine Umgestaltung des Wochenmarktes ohne großen Aufwand und Kosten zu einer Verbesserung der Gestaltung und Aufenthaltsqualität sowohl für Besucher als auch für Geschäftsleute.

Grundsätzlich seien die vorgeschlagenen Maßnahmen ein Gemeinschaftsprojekt, dass nur mit allen Beteiligten umzusetzen sei, ergänzt Herr Klaube.

Frau Riegelmann bittet, bei der Umgestaltung zu bedenken, dass Bäume durch ihr Laub auch für Dreck und Ärger sorgen können. Außerdem liegen im Innenstadtbereich Ver- und Entsorgungsleitungen, welche durch die Wurzeln beschädigt werden könnten.

Herr Klaube sagt, die vorgestellten Skizzen seien Beispiele und Anregungen für eine Umgestaltung. Frau Hehne ergänzt, man werde die Leitungen bei Umgestaltungsmaßnahmen natürlich berücksichtigen.

Herr Overesch erachtet es als wichtig, dass alle Maßnahmen unter Einbindung aller Beteiligten erfolgen. Frau Henkels erwidert, der Beschlussvorschlag sei entsprechend formuliert.

Nach Ansicht von Herrn Holzmann lasse sich die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt nur erhöhen, wenn Schatten vorhanden sei - also Bäume gepflanzt würden.

In der Drucksache werde auch ein Verkehrskonzept angesprochen. Herr Holzmann möchte wissen, wie der weitere Ablauf ist und ob schon Maßnahmen geplant seien.

Herr Klostermann erklärt, dass die Umgestaltung der Innenstadt nicht sofort umgesetzt werden könne. Die Maßnahmen sollen Schritt für Schritt nach entsprechendem Beschluss umgesetzt werden, wobei bisher noch keine Maßnahme priorisiert wurde.

Frau Hehne verlässt die Sitzung um 19:12 Uhr.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt das Gestaltungskonzept in der vorgestellten Form als Grundlage für die Umsetzung gestalterischer Maßnahmen im Bereich der Innenstadt des Stadtteils Springe im Sinne einer Selbstbindung. Die Umsetzung des Maßnahmenkataloges ist in den nächsten Haushaltsjahren zu berücksichtigen und zwingend mit Anliegern und anliegenden Geschäftsleuten vorab zu besprechen.

5. **Bebauungsplan Nr. 88 „Zentraler Omnibusbahnhof“, Stadtteil 461/2021-Springe und zugleich Aufhebung Bebauungsplan Nr. 33 I, „Omnibusbahnhof“, Stadtteil Springe 2026**
- **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB (i. V. m. § 13a BauGB)**

Herr Klostermann erläutert die Drucksache und erklärt, man habe bei der Region Hannover bereits angeregt, dass sich zusätzlich zu Verkehrsplanern auch Freiraumplaner an der künftigen Gestaltung des ZOB beteiligen.

Herr Reinhardt weist darauf hin, dass auf dem Plan der Region, welcher in der Präsentation im Bauausschuss vorgestellt wurde, ein Kiosk eingezeichnet sei.

Herr Klostermann bestätigt, dass die Stadt Springe einen Kiosk am ZOB befürwortet und teilt mit, dass die Region Hannover den Kiosk nicht bauen werde. Hierfür müsse sich die Stadt einsetzen. Auch die Ausschussmitglieder begrüßen den Neubau eines Kioskes vor dem Bahnhof ausdrücklich.

Herr Reinhardt erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Einflussnahme auf die weitere Planung der ZOB-Umgestaltung. Er sieht beim derzeitigen Stand der Pläne Probleme, da es sich um einen Hauptverkehrspunkt in Springe handelt und dort aus seiner Sicht ein Unfallschwerpunkt entstehen werde, insbesondere für Fußgänger, die direkt vor dem Bahnhofsausgang die Straße queren müssen.

Herr Klostermann antwortet, sobald die Planung weiter fortgeschritten sei, werde sie erneut in einer Sitzung des Bauausschusses vorgestellt. Die Stadt Springe könne dann auf mögliche Probleme hinweisen, eine gemeinsame Stellungnahme abgeben und Änderungswünsche anbringen. Maßgeblich sei der Feststellungsbeschluss in diesem Bauleitplanverfahren.

Frau Riegelmann sieht die geplante Parkplatzgestaltung als kritisch an, da über 70 Parkplätze wegfallen werden. Sie bittet darum, die Erweiterung des Park & Ride-Parkplatzes östlich des Bahnhofs zu prüfen und in die Planungen einzubeziehen.

Folgender Beschluss wird mit **8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 88 „Zentraler Omnibusbahnhof“, Stadtteil Springe, als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB mit Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 33 I „Omnibusbahnhof“, Stadtteil Springe, für den in der Anlage 1 und 2 gekennzeichneten Bereich und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens.

Der Ortsrat Springe nimmt den Beschluss zur Kenntnis und macht ggf. von der Anhörung gem. § 94 NKomVG Gebrauch. Letzteres ergibt sich aus der Beratung.

6. Neubau des Wertstoffhofs

**453/2021-
2026**

• Kostenbeteiligung an den Lärmschutzmaßnahmen

Herr Klostermann teilt mit, das Plangebiet liegt im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 43 „Östlich des verlängerten Grasweges“, welches in der letzten Ausschusssitzung in die Abschnitte A und B geteilt wurde.

Die nördliche unbebaute Fläche B eigne sich grundsätzlich für einen neuen Wertstoffhof. Allerdings sei dies laut vorliegendem Gutachten ohne die Errichtung einer 4 m hohen Lärmschutzwand nicht möglich. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) lehnt den Bau dieser Wand auf seine Kosten ab. Die Stadt Springe wolle mit der aha über eine Kostenteilung in Verhandlung treten.

Auf Nachfrage von Frau Riegelmann bestätigt Herr Springfeld, dass die aha nach wie vor die Errichtung eines Fullsize-Hofes in Springe plane.

Frau Riegelmann bittet, zu bedenken, dass ein Wertstoffhof nicht nur Springer Bürgern zugutekommt, sondern auch von Nachbarkommunen genutzt werde. Sie vertritt die Meinung, die aha als Eigenbetrieb solle die Kosten für notwendigen Lärmschutz an einem neuen Wertstoffhof übernehmen.

Frau Henkels fragt, ob dieser Ausschuss darüber beraten soll oder eher der Finanzausschuss zuständig sei.

Herr Springfeld antwortet, es gehe zunächst um die Grundsatzentscheidung, ob die Bauleitplanung fortgesetzt werden solle und ob grundsätzlich eine Kostenbeteiligung der Stadt Springe an den Lärmschutzmaßnahmen denkbar sei. Es gäbe unter den Kommunen der Region Hannover eine Art Wettbewerb um einen Wertstoffhof.

Für Herrn Reinhardt ist der Lärmschutz an dieser Stelle nicht nachvollziehbar, allerdings müsse das Gutachten akzeptiert werden und sollte einsehbar sein.

Herr Reinhardt erachtet es als wichtig, dass der Wertstoffhof in Springe bleibt und spricht sich für kurzfristige Verhandlungen mit der aha aus, da diese seiner Meinung nach nicht dauerhaft an Neubauplänen in Springe festhalten werde.

Herr Overesch erkundigt sich, warum der mögliche Standort für den Wertstoffhof an die nordöstliche Ecke verschoben wurde, dies führe seiner Meinung nach zu einer ungünstigen Nutzung der Fläche.

Herr Klostermann antwortet, die Verschiebung sei aus Lärmgesichtspunkten günstiger. Herr Springfeld ergänzt, die Lage sei weiter von der Wohnbebauung entfernt.

Da das Grundstück noch nicht im Besitz der Stadt Springe ist, fragt Herr Hackert, ob der Eigentümer verkaufsbereit sei.

Herr Springfeld erwidert, die Planungshoheit liege bei der Stadt, und zur Realisierung des Wertstoffhofes könne die Nutzung der Fläche für öffentliche Zwecke vorgesehen werden.

Frau Henkels ist nicht klar, warum ein so großer Aufwand betrieben werde, obwohl auch die Fläche in Eldagsen noch für den Wertstoffhof infrage käme.

Frau Riegelmann regt eine Kosten-/Nutzenrechnung an und betont, sie erachte die Beratung auch im Finanzausschuss als wichtig.

Herr Reinhardt betont, eine Planung auf dieser Fläche sei nicht nur für den Wertstoffhof relevant, sondern auch für künftige Standorte der Feuerwehr und des THW.

Herr Springfeld erläutert, es gehe bei dieser Vorlage nicht um Haushaltsplanberatungen, sondern um die Herausforderung des Standortes an sich und eine Entscheidung, ob trotz allem weitere Planungen und Verhandlungen über Kosten für den Lärmschutz mit der aha durchgeführt werden sollen.

Unter den Ausschussmitgliedern entsteht eine Diskussion über die inhaltliche Auslegung der Drucksache.

Herr Klostermann verlässt von 20:05 Uhr bis 20:08 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Riegelmann beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um Zuhörenden die Möglichkeit der Äußerung zu geben. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag zu.

Die Sitzung wird von 20:07 Uhr bis 20:12 Uhr unterbrochen.

Herr Hackert möchte wissen, ob die Errichtung eines neuen Wertstoffhofes in Springe für die aha nur unter der Voraussetzung der Kostenbeteiligung der Stadt Springe in Frage kommt. Dies wird von Herrn Springfeld bestätigt.

Herr Reinhardt spricht sich für einen Grundsatzentscheid aus und bittet, die Möglichkeit zur Erstellung eines zweiten Gutachtens, welches von der aha in Auftrag gegeben wird, zu prüfen. Frau Riegelmann betont ausdrücklich, sie sei gegen eine Kostenbeteiligung, nicht aber gegen den Neubau eines Wertstoffhofes in Springe.

Folgender Beschluss wird mit **6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Zur Ermöglichung eines neuen Wertstoffhofes in der Stadt Springe ist die Stadt Springe grundsätzlich bereit, sich an den Kosten für die zur Errichtung eines Wertstoffhofes erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen grundsätzlich zu beteiligen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der aha weiter nach emissions-technischen Optimierungen zu suchen und auch die Möglichkeit der Einholung eines zweiten Gutachtens zu besprechen, in die genauere Kostenermittlung einzusteigen und einen angemessenen Verteilschlüssel zwischen Stadt und aha zu verhandeln.

7. Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes der Region Hannover 2016 (RROP 2016) zu Anpassung an das Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 2022 (LROP 2022)** **463/2021-2026**
- **Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsicht und gleichzeitig Festlegung von Untersuchungsrahmen, Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts (Scoping) im Rahmen der Umweltprüfung**

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Gemeinde Wennigsen, 2. Änderung des Flächennutzungsplanes (Windenergieanlagen)** **464/2021-2026**
- **Stellungnahme im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Herr Klostermann erläutert, die bestehende Windenergieanlage auf dem Vörier Berg im Bereich des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wennigsen soll repowert werden. Die Fläche für Windenergie solle verkleinert werden, sodass dort nur diese eine Anlage stehen könne. Die Stadt Springe hat eine Stellungnahme mit den Bedenken aus dem Ortsrat Lüdersen abgegeben.

8. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Frau Kemper bedankt sich für die Zustimmung der Ausschussmitglieder, die Möglichkeit der Errichtung eines Wertstoffhofes weiter prüfen und beraten zu lassen.

Sie spricht sich dafür aus, Springe als Recyclingstadt zu entwickeln und fragt, wie diesbezüglich der Stand der Planungen sei.

Herr Klostermann sagt, einen entsprechenden Betrieb gebe es schon, die möglichen Erweiterungspläne würden beraten.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herrn Hackert liegt die Mitteilung einer Bürgerin vor, nach der die Bewässerung von Sportplätzen in Springe zur Mittagszeit stattfände. Er fragt, ob es hierzu Vorgaben der Stadt gebe. Herr Klostermann erwidert, es gibt keine Vorgaben, und es sei allgemein bekannt, dass Bewässerungen mittags nicht sinnvoll seien.

Ende des öffentlichen Teils: 20:27 Uhr